

In den Gemeinden braucht es die flexiblen Meister der Verwandlung

Improvisieren, aus dem Stand heraus Lösungen finden, sich stetigem Wandel anpassen: Gemeindepolitik ist weniger stark strukturiert als Kantons- oder Bundespolitik. So kommt es immer wieder zu überraschenden Mehrheiten.



Eine echte Politsensation. Ein Quereinsteiger und bunter Hund wie der Kulturunternehmer und Opernsänger Christian Jott Jenni wird Ende des letzten Jahres zum Gemeindepräsidenten von St. Moritz gewählt. Eine Wahl, die weiterhin für Schlagzeilen sorgte und die sogar weit über die Landesgrenzen Aufsehen erreichte.

Eigentlich halb so wild: Der Fakt, dass völlige Politneulinge aus dem Stand heraus in ein Gemeindeexekutivamt katalpultiert werden, ist bei kleineren Gemeinwesen bei Weitem nichts Aussergewöhnliches. Hier ist das politische Leben deutlich weniger strukturiert als bei den Kantonen und beim Bund, haben verschiedene Politikwissenschaftler herausgefunden. Parteien haben dementsprechend ein deutlich kleineres Gewicht. Ist ein Amt zu vergeben, sucht man zuerst nach einer fähigen Frau oder einem fähigen Mann, die auch willig sind, das Amt anzutreten. Dies unabhängig von der politischen Orientierung. Freiwilligkeit und Improvisation stehen im Vordergrund.

Doch wie steht es um das Interesse der Bevölkerung an der Gemeindepolitik generell. Hat es in den letzten Jahren tatsächlich so massiv abgenommen wie immer wieder kolportiert wird? «Nein, es ist nicht so dramatisch», sagt Oliver Dlabac, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA). Aufgrund seiner Untersuchungen kommt er zum Schluss, dass sich die Bevölkerung weiterhin stark mit ihrer Wohngemeinde identifiziere: «Generell hat aber die Bereitschaft zum politischen Engagement abgenommen, insbesondere wenn es darum geht, sich für ein Milizamt zur Verfügung zu stellen.» In der Milizstudie am Zentrum für Demokratie Aarau konnte Dlabac am Falle der Aargauer Gemeinden eine starke Zu-



nahme an unumstrittenen Wahlen feststellen. Dies in erster Linie in ländlicheren Gegenden. Hier kommt es mittlerweile nur noch in einer von zehn Wahlen vor, dass mehr Kandidierende als Sitze zu vergeben sind.

Niedriger Frauenanteil auch bei Gemeinden

Bei der Wahlbeteiligung gab es im Kanton Aargau nur einmal einen grossen

meindeparlaments von Domat Ems, ist der Frauenanteil in den Gemeindeexekutiven seit 1988 stetig auf rund einen Viertel gestiegen. Gemeinden ohne Frauen in der Exekutive würden immer weniger.

Gemeindeversammlungen beliebt, aber schlecht besucht

In Bezug auf die generelle Wahlbeteiligung macht Ursin Fetz ähnliche Feststellungen wie sein Aargauer Forschungskollege: «Die Wahlbeteiligung hat in den letzten dreissig Jahren leicht abgenommen. Klar höher ist die Beteiligung da, wo an der Urne gewählt wird, während Gemeindeversammlungen deutlich schlechter abschneiden.» Die teils sehr tiefe Beteiligung an solchen Versammlungen sagt nach Fetz aber nicht alles über das politische Interesse aus. Die Bevölkerung kann ihr Interesse an der Gemeindepolitik auch anders ausdrücken, beispielsweise bei speziellen Anlässen einer Gemeinde wie einem Wirtschaftsapéro.

«Der grosse Vorteil der Gemeindeversammlungen ist der unmittelbare und direkte Kontakt der Bevölkerung zu den Entscheidungsträgern.» Fetz empfiehlt deshalb, Aufwertungsmöglichkeiten für Gemeindeversammlungen zu prüfen, etwa die generelle Einführung von geheimen Abstimmungen und Wahlen. Und offensichtlich geniessen diese Veranstaltungen bei der Bevölkerung der meisten Gemeinden noch immer sehr grosse Sympathien. Versuche, diese Urform der direkten Demokratie abzuschaffen und durch ein Parlament zu ersetzen, waren meistens erfolglos, die Bevölkerung will in den meisten Fällen lieber an der Gemeindeversammlung festhalten. Auch der Solothurner Stadtpräsident und FDP-Nationalrat Kurt Fluri lehnt die Einführung eines Parlaments ab: «Insbesondere das direktdemokratische Element spricht für die Gemeindeversammlung.» Mit ihrer Abschaffung ginge ein Demokratieverlust einher. Wichtig ist laut Fluri, dass die von der Versammlung getroffenen Beschlüsse referendumsfähig sind. Auch müsse sichergestellt sein, dass wichtige Entscheide unabhängig von der Gemeindeorganisation an die Urne kämen.

Politologe Andreas Ladner befürchtet dagegen, dass die tiefen und rückläufigen Besucherzahlen an der Legitimität der von den Gemeindeversammlungen gefällten Entscheidungen Zweifel aufkommen liessen. Prinzipiell gilt: Je grösser ein Ort, desto eher wird die Gemeindeversammlung abgeschafft. Ab der Grenze von 10000 Einwohnern sei ein Parlament zu empfehlen, sagen Fach-

leute. Die Gemeinden in der lateinischen Schweiz hingegen müssen weniger lang überlegen. In den Kantonen Genf und Neuenburg sind Parlamente schon ab 1000 Einwohnern vorgeschrieben.

Dass in den Gemeinden andere politische Kräfte am Werk sind als bei Bund und Kantonen lässt sich an verschiedenen Punkten erkennen: Weit stärker vertreten sind in den Gemeinden beispielsweise Parteilose: «Ja, es gibt einen generellen Trend zu mehr Parteilosen in den Gemeindeexekutiven», stellt Dlabac fest. Besonders stark sei dieser Trend in den Gemeinden der Kantone Aargau oder Zürich. In den Luzerner Gemeindenspielen dagegen die Parteizugehörigkeit nach wie vor die wichtigste Rolle.

Den generellen Vormarsch der Parteilosen hat auch Fetz festgestellt. «Je kleiner die Gemeinde, desto höher ist der Anteil der Parteilosen.» Die Parteien zeigten sich deshalb oft sehr flexibel. Im Hinblick auf Wahlen nähme man geeignete Kandidaten oft noch kurzfristig in die Partei auf oder eine Partei beschliesse, einen Parteilosen zu unterstützen.

Die beiden Wissenschaftler sind sich einig: Generell haben die Parteien in den Gemeinwesen weniger Einfluss als bei Kantonen und als beim Bund. Interessengemeinschaften wie Bau-, Gewerbe- und Industrieverbände usw. könnten ebenfalls deren Rolle übernehmen. Oder dann kommt es zu eher zufällig aus dem Stand heraus gebildeten Bewegungen (freie Bürger usw.). Auf dieser Basis gelangen dann oft auch Politneulinge in die Gemeindeämter wie zum Beispiel kürzlich in St. Moritz der bereits erwähnte Christian Jott Jenni. «Die Neueinsteiger werden aber bald feststellen, dass der Gestaltungsspielraum eher beschränkt ist. Denn ein Grossteil der Arbeit einer Gemeindeexekutive ist reine Vollzugsarbeit», sagt Fetz.

Die relativ offene Besetzung von Gemeindeämtern lässt oft auch interessante politische Mehrheiten entstehen. Bei zwei sehr ähnlich strukturierten Nachbargemeinden kann einmal die SP und am benachbarten Ort dagegen die SVP über die absolute Mehrheit in der Gemeindeexekutive verfügen, wie dies in Urtenen-Schönbühl und Moosseedorf seit Jahren der Fall ist.

Fredy Gilgen



Die Färbung eines Chamäleons hängt von äusseren Faktoren wie Temperatur, Sonneneinstrahlung, Tageszeit oder Luftfeuchtigkeit ab. Auch Gemeindepolitiker brauchen die Gabe, sich pragmatisch anzupassen.
Bild: Cecile Brasseur – Unsplash

Bruch. Unmittelbar nach der Einführung des Frauenstimmrechts, als das Stimmvolk auf einen Schlag verdoppelt wurde. Seither ist die Beteiligung deutlich tiefer. Sie bewegt sich sowohl in den Zentren als auch auf dem Land aber immer noch bei respektablem rund 50 Prozent. Der Frauenanteil hat sich in den Aargauer Gemeinden bis zur Jahrtausendwende konstant erhöht und bewegt sich seither bei niedrigen 25 Prozent. Ähnlich verhält es sich in weiteren untersuchten Kantonen, mit höheren Anteilen etwa in Luzern (33 Prozent) und Schaffhausen (29 Prozent). Auffällig niedrig war und ist der Anteil im Kanton Schwyz (13 Prozent). Nach Beobachtungen und Feststellungen von Ursin Fetz, Institutsleiter an der HTW Chur und selbst Mitglied des Ge-